

Stihl, Hans Peter

**Article — Digitized Version**

## Eine Green Card für EDV-Spezialisten? - Wird Deutschland ein Einwanderungsland?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Stihl, Hans Peter (2000) : Eine Green Card für EDV-Spezialisten? - Wird Deutschland ein Einwanderungsland?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 80, Iss. 4, pp. 201-203

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40484>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

□ Die Bundesanstalt für Arbeit wird ihre Vermittlungs- und Weiterbildungsanstrengungen darauf richten, die Zahl der etwa 32 000 arbeitslosen IT-Fachkräfte deutlich zu reduzieren; auch die Zahl der etwa 60 000 arbeitslosen Ingenieure soll nachhaltig verringert werden.

□ Die Wirtschaft wird im IT-Bereich bis zum Jahr 2003 mindestens weitere 20 000 über die bereits im Bündnis für Arbeit zugesagten 40 000 Ausbildungsplätze hinaus, also insgesamt 60 000 Plätze, anbieten.

□ Die Wirtschaft sagt zu, die innerbetriebliche Weiterbildung in

Hinblick auf Internetrelevante Technologien erheblich und nachweisbar zu steigern. Dazu wird die Wirtschaft ein Konzept für die innerbetriebliche Weiterbildung entwickeln, das auch ältere Arbeitnehmer mit einbezieht.

□ Die Wirtschaft wird durch geeignete Maßnahmen das Interesse der jungen Menschen an einer Ausbildung und Tätigkeit in der IT-Branche verstärken. Insbesondere soll der Frauenanteil deutlich erhöht werden.

Mit allen diesen Maßnahmen stellen wir gemeinsam mit der Wirtschaft sicher, dass Deutsch-

land weiterhin die Chance behält, in der Entwicklung der Informationsgesellschaft einen Spitzenplatz einnehmen zu können. Bereits in fünf Jahren soll die Informations- und Kommunikationstechnologie-Branche in Deutschland die 300-Milliarden-DM-Umsatz-Schwelle überspringen. Sie wird damit zum größten deutschen Wirtschaftszweig überhaupt.

Daher kann ich heute jedem Schüler, der an den neuen Technologien Interesse hat, durchaus raten, sich über ein Studium der Informatik bzw. artverwandter Studiengänge Gedanken zu machen.

Hans Peter Stihl

## Wird Deutschland ein Einwanderungsland?

**A**usbildung und Einwanderung – so muss unsere Antwort auf den Fachkräftemangel in Deutschland lauten. Beides ist notwendig, um den Bedarf an qualifizierten Mitarbeitern in den deutschen Unternehmen mittelfristig zu decken. Umfragen der Industrie- und Handelskammern zeigen einen Fachkräftemangel, der nicht auf den Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien beschränkt ist. Auch andere Branchen – von den Ingenieurberufen bis zu den Hotelbeschäftigten – haben Schwierigkeiten bei der Suche nach geeignetem Personal.

Insbesondere im IT-Bereich ist der Fachkräftemangel jedoch zu einem Engpass für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Branche geworden. Die stürmische Entwicklung der Internet-Ökonomie und die globale Vernetzung sind dafür verantwortlich, dass die Nachfrage nach IT-Spezialisten

weltweit zugenommen hat – und zwar so schnell, dass die Bildungssysteme selbst bei guter Anpassungsfähigkeit nicht entsprechend reagieren konnten.

Dieses Wachstumshemmnis behindert generell die Beschäftigungsentwicklung im deutschen Dienstleistungssektor. Denn die Beschäftigung von EDV-Spezialisten schafft in Deutschland auch Arbeitsplätze in weiteren Unternehmensbereichen wie Vertrieb, Marketing, Verwaltung und Produktion. Auch andere Branchen – von der Automobilindustrie über die Kreditinstitute bis zu Handelsunternehmen – leiden unter diesem IT-Engpass, suchen sie doch für die entsprechenden Unternehmensbereiche ebenfalls händelnd Fachleute. Softwareentwicklung spielt in der Entwicklung von Autos und in der Abwicklung von Finanzdienstleistungen bereits heute eine zentrale Rolle; schon

morgen wird es im Handel ähnlich sein.

### Unbürokratische Umsetzung notwendig

Von einer Beseitigung des Engpasses bei IT-Spezialisten würden vor diesem Hintergrund positive gesamtwirtschaftliche Wirkungen ausgehen. Insofern ist das Sofortprogramm zur Deckung des IT-Fachkräftebedarfs, das die Bundesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft umsetzen will, ein richtiger Schritt. Die vorgesehene Befristung der Arbeitsgenehmigung darf aber nicht das letzte Wort sein: Die Politik ist gefordert, den IT-Spezialisten eine weitergehende Perspektive zu eröffnen, wenn sich ihr Aufenthalt – wovon ich sicher ausgehe – als förderlich für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland erweist.

Jetzt kommt es aber in den nächsten Monaten zunächst entscheidend darauf an, dass die Er-

leichterungen bei der Anwerbung von IT-Spezialisten aus dem Nicht-EU-Ausland flexibel und unbürokratisch umgesetzt werden. Die grundsätzliche Entscheidung für eine Öffnung des inländischen Arbeitsmarktes darf nicht in der Umsetzungsphase durch bürokratische Hürden eingeschränkt werden.

In der Vergangenheit hat manche Schwerfälligkeit in den Arbeitsämtern und Ausländerbehörden bei der Anwendung der bestehenden Ausnahmeregelungen bei Unternehmen zu Verärgerung geführt – sind doch dadurch Anstrengungen zur Anwerbung von besonders qualifizierten Mitarbeitern gescheitert. In einer Branche, in der menschliches Wissen und unternehmerische Strategien ohnehin nur eine sehr kurze Halbwertszeit haben, ist es nicht vertretbar, dass Anträge auf Arbeitsgenehmigungen für besonders qualifizierte Spezialisten drei bis sechs Monate Bearbeitungszeit benötigen. Drei bis sechs Wochen wären die Obergrenze, um im internationalen Wettbewerb um IT-Fach- und Führungskräfte mithalten zu können.

Dazu müssen in Zukunft Arbeitsämter, Ausländerbehörden und vor allem auch die deutschen Botschaften im Ausland enger zusammen arbeiten, um im Interesse der deutschen Volkswirtschaft die notwendigen Fachkräfte ins Land kommen zu lassen. Denn es dürfte potenziellen Mitarbeitern aus dem Ausland nur schwer vermittelbar sein, warum sie in Deutschland zweimal – nämlich für die Arbeitsgenehmigung und für die Aufenthaltserlaubnis – eine ähnliche Verfahren durchlaufen müssen.

Die deutschen Auslandshandelskammern helfen bei der Suche nach ausländischen Computer-Experten. Spezielle Technologie-Experten des Deutschen Industrie-

und Handelstages (DIHT), sogenannte Technologie Area Manager, stehen in den für Softwareentwicklung besonders interessanten Ländern Indien, Süd-Korea, China, Mexiko und Argentinien als Ansprechpartner für mittelständische deutsche Unternehmen zur Verfügung, um sie bei der Suche geeigneter IT-Fachkräfte zu unterstützen. Mit diesem Leistungsangebot ist gleichzeitig ein „Qualitäts-Check“ verbunden. Aus einer möglichen hohen Zahl ausländischer Bewerber werden nur die vermittelt, die tatsächlich den Anforderungen deutscher Unternehmen entsprechen<sup>1</sup>.

### Kommt es zu einem Brain drain?

Die öffentliche Diskussion vermittelt den Eindruck, als würden die Spezialisten in aller Welt nach einer deutschen „Green Card“ – um diesen sachlich nicht ganz korrekten Begriff hier einmal zu verwenden – Schlange stehen. Richtig ist jedoch, dass andere Staaten – insbesondere die USA – im Wettbewerb um solche Spezialisten bessere Karten haben. Nicht nur Sprache oder Klima, sondern z.B. auch die stärkere Verbreitung von Aktienoptionen als attraktives Entlohnungssystem tragen dazu bei. Berichte über Ausländerfeindlichkeiten in Deutschland und die wenig sachlichen Äußerungen mancher deutscher Politiker helfen auch nicht, die Attraktivität des deutschen Arbeitsmarktes für ausländische Spezialisten zu steigern. Werden die Rahmenbedingungen für ausländische Fachkräfte nicht verbessert, so besteht die Gefahr, dass diese Experten weiterhin einen Bogen um Deutschland ma-

chen. Schon jetzt zeigt sich daneben ein „Brain-drain“ der besonderen Art: Viele Topp-Absolventen hiesiger Universitäten mit deutschem Pass suchen sich lieber einen Arbeitsplatz in einem anderen Land!

Das entwicklungspolitisch motivierte Argument, Deutschland würde den asiatischen und mittel- und osteuropäischen Ländern ihre Spezialisten „wegnehmen“, verkennt die Situation globaler Märkte. Wenn wir Deutschland für solche mobilen Arbeitskräfte verschlossen hielten, würden wir uns nur selbst schaden – den aufstrebenden Ländern in verschiedenen Weltregionen aber nicht damit helfen. Die Verantwortlichen in diesen Ländern wissen, dass sie von der internationalen Mobilität ihrer Fachkräfte profitieren. Denn solche Spezialisten kehren häufig als erfahrene Toppkräfte ins eigene Land zurück und fördern die dortige Entwicklung. Oder aber sie bewirken, dass Aufträge in ihr Heimatland vergeben werden. In jedem Fall sind derartige Erfolgsstories qualifizierter Arbeitnehmer ein starker Anreiz für die nachwachsende Generation in diesen Ländern, den erfolgversprechenden Weg auf den IT-Arbeitsmarkt ebenfalls einzuschlagen. An einer solchen Aufbruchstimmung fehlt es hingegen in Deutschland!

### Mängel des Bildungssystems

Die Diskussion um die Einwanderung von IT-Experten hat völlig zu Recht auch den Finger in die offenen Wunden des deutschen Bildungssystems gelegt. Nahezu naturbedingt besteht dabei das Dilemma, dass Bildungssysteme den Entwicklungen in der Wirtschaft hinterher hinken: Sie können nämlich künftige Entwicklungen in der Regel nicht voraussehen. Zu kritisieren ist jedoch das

<sup>1</sup> Nähere Informationen vermitteln die Innovationsberater an allen deutschen Industrie- und Handelskammern sowie der DIHT unter [www.ihk.de/tam](http://www.ihk.de/tam).

Tempo, mit dem Schule, Hochschule und Ausbildung hierzulande auf derartige Veränderungen reagieren:

□ Die Schulen sind trotz guter Beispiele nach wie vor nicht flächendeckend auf die IT- und Mediengesellschaft vorbereitet. Die Lehrerausbildung widmet den Möglichkeiten der neuen IT-Techniken noch viel zu wenig Raum, und der aufgeschlossene Lehrernachwuchs kann sich mangels freier Stellen nicht entwickeln. Die Ausstattung der Schulen mit qualifiziertem Personal ist deshalb ebenso mangelhaft wie die Ausstattung mit aktueller Hard- und Software.

□ Die Hochschulen haben die Bedeutung der Informations-, Kommunikations- und Medienwirtschaft zwar erkannt; jedoch sind auch hier die Kapazitäten nach wie vor unbefriedigend, und die Studiendauer ist zu lang. Ein Alarmsignal sollte auch sein, dass in den Informatik-Studiengängen fast jeder Zweite das Studium abbricht. Außerdem dauert es an den Hochschulen zu lange, bis die Studien- und Prüfungsordnungen an neue Entwicklungen in der Praxis angepasst werden. Die Hochschulen sollten deshalb den jetzigen Fachkräftemangel als Chance begreifen. Sie können durch die Einführung kürzerer Studiengänge – wie Bachelor- und Master-Programme – zu einer Entspannung der Situation beitragen. Auch die Informatik-Studiengänge der Berufsakademien stellen eine hervorragende Alternative dar.

□ In der betrieblichen Ausbildung ist die Wirtschaft selbst in der Pflicht. Der DIHT hat seit 1995 – neben anderen zukunftssträchtigen Ausbildungsberufen im Medienbereich – vier neue IT-Berufe vorgeschlagen, die nach kurzer Entwicklungszeit in Kraft getreten

sind. Diese Berufe wurden im Herbst 1997 erstmals angeboten; Ende dieses Jahres werden sich bereits 40 000 Jugendliche in einer Ausbildung zum IT-Systemelektrotechniker, zum Fachinformatiker, zum IT-Systemkaufmann oder zum Informatikkaufmann befinden. Im Herbst 1999 haben z.B. zuletzt mehr als doppelt so viele Schulabgänger die Ausbildung zum Fachinformatiker aufgenommen, als dies noch ein Jahr zuvor der Fall war. Die Wirtschaft will ihr Angebot an IT-Ausbildungsplätzen bis zum Ende des Jahres 2003 noch auf insgesamt 60 000 erhöhen. Voraussetzung dafür ist, dass Schulen und Arbeitsämter über die Chancen in diesen Bereichen hinreichend informieren.

Fortschritte sind auch notwendig bei der Gestaltung der Weiterbildungsebenen für die Absolventen dieser Ausbildung. Es ist zu hoffen, dass sich Wirtschaft und Gewerkschaften auch hier sehr bald auf eine flexible Struktur der Weiterbildungsprüfungen einigen können.

### **Diskussion um ein Einwanderungsgesetz**

Die Diskussion um die Zuwanderung ausländischer IT-Spezialisten hat nicht nur die Auseinandersetzung um die Bildungspolitik in Deutschland belebt. Sie hat auch dazu beigetragen, das Thema Einwanderungspolitik auf die Tagesordnung der öffentlichen Auseinandersetzung zu bringen. Die deutsche Politik kann deshalb nicht länger darüber hinweg sehen, dass der Arbeitsmarkt für Fach- und Führungskräfte – keineswegs nur im IT-Bereich – inzwischen ein weltweiter Markt ist. Dem müssen auch die deutschen Einwanderungsregeln künftig in viel stärkerem Maße Rechnung tragen.

Deutschland braucht deshalb neben den jetzt vorgesehenen kurzfristigen Maßnahmen in absehbarer Zeit ein Einwanderungsgesetz, das klare Spielregeln für die Zuwanderung enthalten muss. Nur so kann eine offene Gesellschaft der zunehmenden Mobilität der Menschen Rechnung tragen. Für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland ist es ebenso wichtig, dass unsere Grenzen auch für diejenigen Menschen geöffnet werden, die durch ihre qualifizierte Arbeit einen wichtigen Beitrag zu Wachstum und Innovation hierzulande beitragen können.

Die Diskussion um ein Einwanderungsgesetz, das die Belange sämtlicher Wirtschaftsbereiche berücksichtigen muss, hat bereits begonnen. Sie wird die politische Diskussion in den kommenden Jahren auf vielfältige Art und Weise beeinflussen. Die Debatte wird in jedem Fall kritische Anfragen an das heimische Bildungssystem und hinsichtlich der Regulierungen am deutschen Arbeitsmarkt auslösen: So klagt das Hotel- und Gaststättengewerbe seit Jahren über den Mangel an Mitarbeitern, gerade für einfachere Dienstleistungen – und das bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit in diesem Segment des Arbeitsmarktes. Die Einwanderungsdiskussion zwingt uns deshalb, auch Reformen in der Arbeitsmarktpolitik in Angriff zu nehmen.

Die demographische Entwicklung lässt darüber hinaus erwarten, dass sich im Bereich der privaten Pflegewirtschaft ebenfalls eine steigende Nachfrage nach Fachkräften entwickeln wird. Seit Jahren fordert der DIHT deshalb eigenständige Pflegeberufe in der dualen Ausbildung. Mehrfache Vorstöße in diese Richtung sind an

der reservierten Haltung der zuständigen Ministerien sowie der Sozialverbände gescheitert. Keiner darf sich deshalb wundern, wenn die betroffenen Pflegeunternehmen bald auch die Zuwanderung ausländischer Mitarbeiter verlan-

gen – wie die Unternehmen im Hotel- und Gaststättengewerbe bereits heute.

Fazit: Die sogenannte „Green-Card-Lösung“ wird kurzfristig den IT-Unternehmen helfen, wenn sie

unbürokratisch, flexibel und wirtschaftsnah gehandhabt wird. Wichtig ist aber auch, dass sie die Debatte um die mittelfristige Ausrichtung der Bildungspolitik einerseits und der Einwanderungspolitik andererseits vorantreiben wird.

Dieter Schulte

## Die Green Card löst nicht alle Probleme

Zur Deckung des akuten Bedarfs an IT-Experten will die Bundesregierung die gezielte Anwerbung von Fachleuten aus Nicht-EU-Ländern erleichtern, da sonst nicht nur das Wachstum dieses Schlüsselbereichs, sondern auch das aller übrigen Branchen behindert werden könnte.

In der Debatte um die geplante Maßnahme wird versucht, die Gewerkschaften in eine Bremserrolle zu rücken. Dies Urteil ist jedoch nicht haltbar. Langjährige Erfahrungen mit Ausbildungsplatzmangel, Lohndumping und dem Herausdrängen älterer Arbeitnehmer aus den Betrieben sensibilisieren uns für die sozialen Auswirkungen arbeitsmarktrelevanter Maßnahmen. Darum fragen wir nach den strukturellen Ursachen von Wachstumshemmnissen und sehen unsere Aufgabe darin, vor Scheinlösungen zu warnen.

In der „Green Card-Debatte“ geht es um die Auswirkungen teilweise unvorhersehbarer Dynamiken wirtschaftlicher Entwicklung, aber auch um die Folgen einer kurzsichtigen Personalpolitik der Unternehmen und Versäumnisse in Bildung und Ausbildung.

### Die Ausgangslage

In der Tat bildet die Informations- und Kommunikationstechnologie

Industrie den am schnellsten wachsenden Wirtschaftsbereich in den Ländern der OECD. Hier ist auch das größte Arbeitsplatzwachstum zu verzeichnen. Die Segmente Software und Dienstleistungen sind die wesentlichen Wachstumsmotoren im Bereich der Informationstechnik.

Während die USA und Schweden mit 8 bis 9% führen, befindet sich Deutschland mit knapp 6% Anteil des IuK-Bereichs am BIP im unteren Drittel der Mitgliedstaaten.

Die Entwicklung hierzulande ist jedoch positiv: Bei Dienstleistungen und Software liegen die durchschnittlichen Wachstumsraten oberhalb von 10%, im Bereich der Hardware sind es 6 bis 8%. Als Folge dieser Entwicklung häufen sich die Klagen über einen Mangel an IT-Fachleuten. Alle Anhaltspunkte weisen darauf hin, dass ein kurzfristig nur schwer zu deckender Bedarf vorhanden ist. Auch der europäische Binnenmarkt ist leergefegt. Die Länder der EU konkurrieren weltweit und insbesondere mit den USA.

Weil Wohlstand und Entwicklungschancen eines Landes aber in wachsendem Maße von der Durchdringung der Wirtschaft mit IT und deren effektiver Nutzung durch hochqualifizierte Menschen

abhängen, ist in diesem Expertenmangel eine Gefahr für wirtschaftliches Wachstum und die Entstehung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze angelegt. Längerfristig kann er den Verzicht auf unternehmerische Aktivitäten oder die Suche nach Alternativen, wie die Verlagerung von Entwicklungszentren in andere Länder zur Folge haben.

Besonders bei den neu gegründeten Unternehmen wirkt sich ein Fachkräftemangel oftmals durchaus existenzbedrohend – also folgenreicher aus als bei etablierten Branchenriesen. Letztere haben mehr Möglichkeiten, zu rekrutieren und ihre Interessen durchzusetzen.

Präzise Bedarfszahlen können kaum ermittelt werden, weil es sich hierbei um einen äußerst schwer abgrenzbaren Teilarbeitsmarkt handelt. Softwareentwickler werden nicht nur im Herstellerbereich, sondern auf Dauer noch stärker bei den Anwendern in Dienstleistung und Industrie benötigt. Da die zahlreichen kleineren Unternehmen meist auch über schlechtere Artikulationsmöglichkeiten verfügen und zunächst weniger in Verbandsaktivitäten involviert sind, könnte es sein, dass das wahre Ausmaß des Fachkräftemangels in der Öffentlichkeit eher unter- als überschätzt wird.